

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 4

Artikel: Politische Ziele und praktische Kampfmittel : Programmrevision : zum Verhältnis von Idee und Wirklichkeit
Autor: Möckli, Silvano
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339858>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zialdemokraten stellen sich damit zwei Fragen:

● Wie müsste die neue BV ausgestaltet werden, damit unsere Vorstellungen über die Betriebswelt voll zum Zuge kommen können?

● Können die (bescheidenen) Fortschritte gegenüber der heutigen BV für Strategien genutzt werden, um die Selbstverwaltung in der Wirtschaft langfristig durchzusetzen?

Aus der Diskussion dieser Fragen könnte unsere Position gegenüber dem BV-Entwurf überprüft und verdeutlicht werden. Vor übertriebenen Erwartungen muss jedenfalls Abstand genommen werden.

Quellen

Binswanger H.C., et. al., Eigentum und Eigentumspolitik, Zürich 1978.

Expertenkommission für die Vorbereitung einer Totalrevision der Bundesverfassung, Bericht, Bern 1977.

SGNB (Schweizerische Gesellschaft für ein neues Bodenrecht), Modellvorstellungen zur Bodenrechtsreform, Bern 1978.

Stahelin, Rudolf, Mitbestimmung in Europa, Zürich 1979.

Lemân, Gudrun, Das jugoslawische Modell, Frankfurt a.M. Köln 1976.

materiellen umgestaltet? Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.» Sind politische Ideen bloss «Überbau-Phänomene», Reflex der materiellen Interessen im menschlichen Bewusstsein (materialistische Anschauung)? Oder sind politische Ideen gar die entscheidenden Triebkräfte des politischen Prozesses (idealistische Anschauung)? Dazu Hegel: «Die theoretische Arbeit, überzeuge ich mich täglich mehr, bringt mehr zustande in der Welt als die praktische; ist erst das Reich der Vorstellung revolutioniert, hält die Wirklichkeit nicht aus.»

Silvano Möckli

Politische Ziele und praktische Kampfmittel

Programmrevision: Zum Verhältnis von Idee und Wirklichkeit

Am SPS-Parteitag vom 26./27. Januar 1935 in Luzern musste Parteipräsident Ernst Reinhard eingestehen, das Parteiprogramm von 1920 habe sich in grossen Teilen als falsch erwiesen. Der Kapitalismus sei nicht zusammengebrochen, das Proletariat habe die Macht nicht erlangt, der Glaube an weltweite Abrüstung und internationale Arbeitersolidarität habe sich nicht erfüllt. — Die Frage muss gestellt werden: Wird man dereinst vom SPS-«Selbstverwaltungsprogramm» Ähnliches festhalten müssen? Betrachtet man Theorie und Praxis der Partei seit 1888, so kommt man um die Feststellung nicht herum, dass die Sozialdemokratische Partei, Programm hin oder her, im wesentlichen eine pragmatische, reformistische Politik betrieben hat, und dass sich insbesondere Behördemitglieder wenig um programmatische Sätze geschert haben. In der Sektion, der ich angehöre, hat die Diskussion um den Programmentwurf zutage gefördert, dass etliche Parteigenossen das geltende Programm von 1959 nie gelesen hatten. Im folgenden möchte ich einige recht abstrakte Überlegungen über den Zusammenhang von politischen Ideen und politischer Wirklichkeit anstellen.

(Der Autor ist Präsident der SP Rorschach, Gemeinderat und doktortiert zur Zeit in Politikwissenschaft. Die Red.)

Haben politische Ideen überhaupt die Kraft, die politische Wirklichkeit zu verändern? «Was beweist die Geschichte

der Ideen anders», fragen Marx und Engels im Kommunistischen Manifest, «als dass die geistige Produktion sich mit der

Sein und Bewusstsein

Nun wird kaum jemand naiverweise annehmen, politische Ideen *allein* gestalteten die politische Wirklichkeit. Andererseits hat gerade Marx mit seiner theoretischen Arbeit bewiesen, welche gewaltige Geschichtswirksamkeit einer Weltanschauung zukommen kann. Das Verhältnis von Idee und Wirklichkeit, von Bewusstsein und Sein, ist also komplizierter. Es besteht kein kausales, sondern ein dialektisches Verhältnis: materieller Lebensprozess und geistiger Entwurf greifen ständig ineinander. Bestehende oder angestrebte gesellschaftliche Verhältnisse werden in ihren grossen Zusammenhängen theoretisch (re)konstruiert und mittels eines sinnstiftenden Weltbildes (einer «symbolischen Sinnwelt») legitimiert. Dieses Weltbild hat für den politisch Handelnden die Funktion eines Ordnungs- und Sinngerüsts, in das er seine Alltagserfahrungen einfügt, die so als Teil eines grossen Ganzen für ihn sinnhaft werden. Die Erfahrung wiederum modifiziert das Weltbild. Wie die Gesellschaft des Menschen produziert,

schreibt Marx in seinen Frühschriften, so ist die Gesellschaft durch den Menschen produziert.

Kampf der Weltbilder

Wir gehen davon aus, dass es eine soziale Wirklichkeit gibt. Das Problem besteht darin, diese (bestehende oder angestrebte) Wirklichkeit adäquat zu erfassen und darzustellen. Eine konkrete Gesellschaft besteht aus Millionen und Milliarden von Einzelsituationen, die sich zwar nach gewissen Regelmässigkeiten wiederholen, aber als Totalität weder voraussehbar noch darstellbar sind. Jedes Subjekt hat notwendigerweise nur an wenigen Einzelsituationen teil, deren Summe für ihn die gesellschaftliche Erfahrungswelt bildet. Die Darstellung der sozialen Wirklichkeit geschieht durch die Sprache. Begriffe, die soziale Sachverhalte repräsentieren, werden durch einfache logische Operationen verknüpft. Damit wird die Komplexität der sozialen Wirklichkeit gewaltig reduziert. Es besteht die Gefahr, alle Ereignisse mit einer einfachen kausalen Beziehung zu erklären (z.B.: schuld an der Krise sind die Juden, die Kapitalisten, die Sozialisten, die Jesuiten usw.). Bis heute gibt es keine Erkenntnisse über «soziale Gesetze», und auch die Sozialwissenschaft kommt über Protokollsätze, Wahrscheinlichkeitsaussagen und «empirische Regelmässigkeiten» nicht hinaus. Das liegt an der Kapazität unserer Erkenntnis und der Komplexität des Objekts, das sich ständig verändert, im Fluss ist: jede gesellschaftliche Situation ist einmalig und unwiederholbar und muss unter einer Vielzahl individueller «Randbedingungen» gesehen werden. Neben den erkenntnistheoretischen Schranken der Erfassung der

sozialen Wirklichkeit gibt es psychologische: was wir wahrnehmen und wie wir diese Wahrnehmung deuten, hängt auch von unseren Interessen und Wünschen ab.

Historische Bedingtheit

Neue politische Ideen sind Reaktionen auf bestehende gesellschaftliche Zustände. So kann auch der SPS-Programmentwurf verstanden werden: Selbstverwaltung und Dezentralisation als Antwort auf Machtkonzentration, Sinnkrise und die drohenden ökonomischen und nuklearen Katastrophen. Nun sind politische Ideen geprägt von den gesellschaftlichen Positionen und den konkreten Interessen ihrer Verfechter. Die herrschende gesellschaftliche Schicht wird dazu neigen, das bestehende politische System und die es tragenden Ideen zu rechtfertigen, dessen Schattenseiten nicht wahrzunehmen und alternative Entwürfe als «Utopie» zu liquidieren (sog. Rechtfertigungsideologie). Auf der anderen Seite werden Unterprivilegierte die Tendenz haben, die vergangene Geschichte, die zum bestehenden Zustand geführt hat, anzuklagen. Sie werden vor allem die negativen Seiten des politischen Systems sehen und den Herrschenden vorwerfen, den wesentlichen Gehalt ihrer Ideen gar nicht verwirklicht zu haben.

Sie werden überdies idealisierte Vorstellungen über ein alternatives politisches System haben.

Im Wettstreit zwischen Verteidigern und Kritikern des status quo werden die Vertreter der herrschenden Ordnung stets im Vorteil sein, weil sie den Beweis für die Funktionsfähigkeit ihres Systems scheinbar erbracht haben und weil sie über die realen Machtmittel verfügen.

Realisierung der Ideen

Politische Ideen werden sich nur durchsetzen, wenn sie von einem Interesse — materieller oder geistiger Art — getragen sind. Der deutsche Philosoph Max Scheler unterschied zwischen Ideal- und Realfaktoren. Der Geist allein, meint er, sei kein Realisationsfaktor. Ausselektoren aus dem Spielraum des Möglichen seien vielmehr stets die realen, triebhaft bedingten Lebensverhältnisse, d.h. bestimmte Kombinationen von Realfaktoren (Blut, Macht, Ökonomie). Die Realgeschichte öffne und schliesse in bestimmter Art und Ordnung die Schleusen des geistigen Stromes. Das würde bedeuten: ob sich eine politische Idee realisieren lässt, ist von spezifischen gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Bedingungen abhängig. In der «Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie» sagt Marx: «Die Theorie wird in einem Volke immer nur so weit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist. ... Es genügt nicht, dass der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muss sich selbst zum Gedanken drängen.»

«Randbedingungen»

Ob sich die Ideen des neuen SPS-Programmes werden durchsetzen können, hängt also von einer Reihe von Randbedingungen ab, so insbesondere davon, ob die kapitalistische Wirtschaft weiterhin alle Bedürfnisse der Konsumenten zu befriedigen vermag. Solange der einzelne in seinem Alltagsleben keine materiellen «Entzugserscheinungen» verspürt, so lange wird es schwierig bleiben, eine Bewusstseinsänderung herbeizuführen. Kann die kapitalistische Wirtschaft und der bürgerliche Staat die drohenden Katastrophen abwenden oder

hinausschieben, dann wird kaum ein neues Gesellschaftssystem zum Bedürfnis werden. Das heisst nun aber nicht, dass wir nach Verabschiedung des neuen Parteiprogramms nichts anderes tun könnten als entweder hoffnungsfroh oder resigniert auf den «Tag X» zu warten.

Gesellschaft ist nichts substantiell Existierendes, Gesellschaft wird vielmehr in jedem Augenblick durch menschliche Handlungen produziert. Und obwohl wir auf die erwähnten «Randbedingungen» keinen grossen Einfluss haben, müssen wir nach Kräften versuchen, im politischen Alltag in das Gesellschaftsgetriebe einzugreifen und unsere Vorstellungen mit einzubringen. Hegel weist auf den simplen Sachverhalt hin, dass die «Kraft des Geistes» nur so gross sei als ihre Äusserung. Wenn die Verwirklichung von Ideen auch von den realen Machtverhältnissen abhängt, dann ist die Konsequenz, die Machtbasis der Partei zu erweitern. Organisatorischer und bürokratischer Kapazität kommt in der oligopolistischen Demokratie erstrangige Bedeutung zu. Der SP steht nicht in gleicher Weise wie der politisierenden Wirtschaft ein Apparat zur Verfügung, der berufsmässig Interessen wahrnimmt. Um hier gleich lange Spiesse zu schaffen, ist mit aller Energie eine öffentliche Parteifinanzierung anzustreben.

Das Bild der Alternativgesellschaft

Die Frage, wie denn eine alternative Gesellschaft im Detail («konkret») aussehen soll, wird oft gestellt. In einem Brief von Marx an Ruge vom September 1843 findet sich der folgende Satz: «Nicht nur, dass eine allgemeine Anarchie unter den Reformern ausgebrochen ist, so wird jeder sich selbst gestehen

müssen, dass er keine exakte Anschauung von dem hat, was werden soll.» Auch eine künftige Gesellschaft wird aus Millionen und Milliarden von Einzelsituationen bestehen, sie alle vorauszusehen und zu planen, ist unmöglich. Überhaupt sind gesicherte Aussagen nur über bestehende Sachverhalte (Tatsachen) möglich. Aussagen über erst einzutretende Sachverhalte sind gar nicht überprüfbar. Unsere Vorstellungen können also nur den Charakter von Hypothesen haben. Auf die Unmöglichkeit der Darstellung einer Gesellschaft in ihrer Totalität habe ich bereits hingewiesen. Richtigerweise heisst es auf Seite 51 des Programmentwurfes (Rotes Büchlein): «Das Programm kann nicht ein für allemal alles und jedes festlegen, es hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Absolutheit.» Allerdings möchte ich nicht für möglichst vage Aussagen plädieren. Bei jeder Idee haben wir zu fragen, wie sie sich konkret im Alltag, beim einzelnen Menschen, auswirken wird. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir Irrtümer begehen werden, dass eine selbstverwaltete Gesellschaft kein Zustand sein wird, sondern ein dauernder Prozess.

Theorie und Schlagworte

Man könnte ein Parteiprogramm auf eine rein rationalistische Grundlage stellen, d.h. erklären, dass die politische Ordnung einfach das friedliche Zusammenleben der Menschen in Gerechtigkeit gewährleisten möchte. Die Geschichte lehrt allerdings, dass solche rationalistischen Grundlegungen nicht sehr publikumswirksam sind. Bei Revolutionen wird meist nur eine politische Metaphysik durch eine andere abgelöst, z.B. die christliche Heilsbotschaft durch die marxistische. Es entspricht offenbar einem

Bedürfnis des Menschen, sich als Teil eines grossen, starken Kollektivs zu wissen, das einen «historischen Auftrag» erfüllt. Diese Identifizierung verleiht dem Dasein der Menschen Sinn. Eine geschichtliche Erfahrung ist auch, dass nicht abstrakte und logisch widerspruchsfreie Theorien oder Programmsätze grosse politische Wirksamkeit entfaltet haben, sondern simple Formeln und Schlagworte, die sich im Massenbewusstsein festzusetzen vermochten. Ein Parteiprogramm, das mehr sein will als eine intellektuelle Spielerei, muss keine wissenschaftliche Abhandlung sein, sondern hat in Form und Inhalt gewissen strategischen Anforderungen zu genügen. Wenn wir eine Volksmehrheit für unser Programm gewinnen wollen, dann müssen wir in bürgerliche Wählerschichten einbrechen. So gesehen hat es z.B. wenig Sinn, sich eines klassenkämpferischen Vokabulars zu bedienen, das konditionierte negative Gefühle weckt. Schon besser ist es, sich auf eidgenössische Traditionen zu berufen. *Ein Parteiprogramm hat die heikle Doppelfunktion, die politische Ziele zu formulieren und gleichzeitig Kampfmittel zur Erreichung dieser Ziele zu sein.*

Literaturhinweise

Peter L. Berger / Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt a.M. 1970

Karl Mannheim, Ideologie und Utopie, 6. A., Frankfurt a.M. 1978 (1929)

Karl Marx, Die Frühschriften, Stuttgart 1971 (1837–1848) (Zitate S. 218, 237)

Max Scheler, Die Wissensformen und die Gesellschaft, 2. A., Gesammelte Werke, Band 8, Bern 1960 (1926)